

August 2017

ÖNZ-Standpunkt: Wahlsieg Kagames bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl in Ruanda gilt als sicher

Bei der ruandischen Präsidentschaftswahl am 4. August 2017 gilt ein erneuter Wahlsieg des Staatsoberhaupts Paul Kagame und seiner Partei, der Ruandischen Patriotischen Front (RPF), als sicher. Er gewann bereits die Wahlen 2003 und 2010 mit deutlich über 90 % der Stimmen. Bei einer Wiederwahl darf Kagame weitere sieben Jahre regieren. Laut früherer Verfassung wäre die jetzige seine letzte Amtsperiode gewesen, denn diese erlaubte maximal zwei Amtszeiten. Doch nach einem Referendum Ende 2015 wurde eine Verfassungsreform legitimiert, die diese Beschränkung aufhebt. Kagame dürfte sich danach sogar noch zwei Mal für eine fünfjährige Amtszeit aufstellen lassen und könnte theoretisch bis 2034 im Amt verweilen.

Kagame und seine Partei RPF haben die wichtigen Institutionen des Landes und den öffentlichen Diskurs unter ihrer Kontrolle und müssen keine ernsthaften Konkurrenten fürchten. Den wenigen Gegenkandidaten werden bei der Wahl keine Chancen beigemessen. Im Gegenteil, sie waren im Vorfeld der Wahl mit enormen Schwierigkeiten konfrontiert und die wenigsten erhielten eine Akkreditierung für die Wahl. Die Kandidatin, Diana Rwigara, wurde kurz nach der Bekanntgabe ihrer Kandidatur im Mai 2017 mit der Verbreitung gefälschter Aktfotos in den sozialen Netzwerken diffamiert. Die stärkste Kritikerin der ruandischen Regierung erhielt schlussendlich die Disqualifizierung durch die Wahlkommission, da sie angeblich nicht genügend Unterschriften von Unterstützern gesammelt habe. Das gleiche Schicksal erlitt ein weiterer Gegenkandidat, Gilbert Mwenedata, der sich auch mit anderen Problemen konfrontiert sah, unter anderem verweigerten ihm Hotels Konferenzräume, in denen er eine Pressekonferenz für seine Kandidatur abhalten wollte. Ein Gesetz, welches die sozialen Medien unter Kontrolle der Wahlkommission stellen sollte, wurde aufgrund internationaler Kritik zum Teil entschärft.

Der einzigen registrierten unabhängigen Oppositionspartei, Democratic Green Party (DGP), mit rund 200.000 Mitgliedern war es kaum möglich, einen Wahlkampf zu führen. Sie erhält keine finanzielle Unterstützung seitens der Regierung und der Erhalt von internationalen Spenden und Finanzierungen ist verboten. Ihre Mitglieder haben zudem immer wieder über Drohungen und Anfeindungen gesprochen. Wahlwerbung auf Märkten, in Schulen, an Busstationen oder in anderen Einrichtungen ist verboten. Präsident Kagame selbst wendet sich vor allem via Twitter und auf seiner eigenen Webseite an die Ruander und die Medien berichten fast ausschließlich über ihn.

Neben Kagame haben schlussendlich nur zwei weitere Kandidaten ihre Akkreditierung zur Wahl erhalten: der Vorsitzende der DGP, Frank Habineza, und der parteilose Journalist Philippe Mpayimana.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) beklagt in einem aktuellen Bericht zu Ruanda, dass wenige Wochen vor der Präsidentschaftswahl ein Klima der Angst vorherrsche. Seit mehr als zwei Jahrzehnten würden Opposition, freie Presse und Menschenrechtler unterdrückt. Ein Mitglied der nicht zugelassenen Oppositionspartei FDU-Inkingi, Jean Damascene Habarugira, wurde im Mai 2017 in einem Krankenhaus tot aufgefunden, nachdem er einige Tage zuvor nach einem Treffen mit einem staatlichen Repräsentanten als vermisst galt.

Ruanda gilt für viele westliche Geldgeber und Unterstützer als Garant und Flaggschiff für die ansonsten fragile Region der Großen Seen. Diplomaten und Politiker europäischer Länder betonen immer wieder, die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität, welche das Land unter Kagames erreicht hat. In einem der jüngsten Afrikakonzepte der Bundesregierung, dem „Compact with Africa“, unter der Federführung des Finanzministeriums wird Ruanda als eines der fünf strategischen Partnerländer aufgeführt, die im Fokus der privatwirtschaftlichen Unterstützung stehen könnten. Die Schattenseiten des Landes wie autoritäre Strukturen, fehlende Opposition, fragwürdige Rechtsprechungen, fehlende freie Medienlandschaft, und Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie diverse Menschenrechtsverletzungen und ungleiche Verteilung von Wohlstand werden hingegen kaum thematisiert. Auf Dauer sind unabhängige Institutionen, politische Freiheiten und gewaltenteilige Strukturen für die Entwicklung eines Landes wichtig. Das Fehlen von unabhängigen Staatsstrukturen, von effektiver Gewaltenteilung und demokratischen Freiheiten ist auf lange Sicht sowohl für die politische als auch für die wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung heikel. Politische, ökonomische und soziale Ungerechtigkeiten bleiben bestehen und können zu einem Pulverfass werden. Bei der zu starken Konzentration auf einen starken Staatspräsidenten sowie einen rigiden Regierungsstil bleibt zudem die Frage der Nachfolge ungelöst und es entsteht ein politisches Vakuum, das die Gefahr der Eskalation von politischen Konflikten in sich birgt.

Daher sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass oppositionellen Politikern und ihren Unterstützern in Ruanda gleiche Bedingungen wie der Regierungspartei RPF zustehen und diese nicht drangsaliert und geächtet werden.

Die Bundesregierung sollte sich zudem im Dialog mit der ruandischen Regierung dafür einzusetzen, dass unterzeichnete Menschenrechtskonventionen respektiert und umgesetzt werden, was die Einhaltung von Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit beinhaltet. Zudem dürfen bestehende Gesetzgebungen nicht dazu genutzt werden, um die Meinungsfreiheit einzuschränken und kritische Stimmen zu kriminalisieren. Stattdessen sollten Gesetze näher definieren, was strafbar ist und nicht allgemein gefasst werden, sodass willkürlich jegliche Kritik an der Regierung strafbar gemacht werden kann.